2013-05-28

Stadt Dessau-Roßlau
Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040

N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des Ortschaftsrates Roßlau am 21.03.2013

Sitzungsbeginn: **18:00 Uhr**
Sitzungsende: **20:15 Uhr**
Sitzungsort: **Ratssaal 1.33, Rathaus Roßlau, Markt 5**

Es fehlten:

Föse, Lutz	entschuldigt
Koschig, Silvia	entschuldigt
Schwierz, Iris	entschuldigt
Tonndorf, Klaus	entschuldigt
von der Heydt, Jörn	entschuldigt

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Frau Müller eröffnet die Sitzung des OR Roßlau, begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgemäße Zusendung der Unterlagen fest.
Zu Beginn der Sitzung sind 8 Mitglieder des Ortschaftsrates anwesend, es besteht Beschlussfähigkeit.

2 Beschlussfassung der Tagesordnung

Durch Herrn Vester wird vorab die Frage an Herrn Schmidt, A 61 gestellt, ob die beiden Tagesordnungspunkte zu den Beschlussvorlagen Biogasanlage als Information dienen oder einer Anhörung gleichkommen.
Herr Schmidt teilt mit, dass er Informationen zu den Beschlussvorlagen gibt.

Der vorliegenden Tagesordnung wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 8 : 0 : 0

3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 28.02.2013

Die Niederschrift vom 24.02.2013 wird ohne Änderungen bestätigt.

Abstimmungsergebnis: 8 : 0 : 0

4 Einwohnerfragestunde

4.1. Herr Apitz, Fabrikstr. 4 – Bäume Volksbank

Herr Apitz fragt an, ob vor der Volksbank wieder Bäume gepflanzt werden. Er teilt mit, dass dort in früheren Jahren Bäume standen und findet, dass durch die Verwaltung viel zu schnell Bäume gefällt werden.
Als Beispiel wird hier das Fällen der Eiche in der Breitscheidstr. in Mildensee angegeben. Durch Frau Gleichmann wird hierzu der Vorgang erläutert.
V: A 83
Kontrolle

4.2. Herr Karassek – Bahnunterführung

Herr Karassek teilt mit, dass an der Bahnunterführung die Regenablaufrinnen fehlen.
V: A 66 mit der Bitte um Weiterleitung

4.3. Frau Hübner, Rudolf-Breitscheid-Str. 3

Durch Frau Hübner wurde mehrfach beobachtet, dass Autos von der Rudolf-Breitscheid-Str. aus in Richtung Uhlandstr. über den gesperrten Fußgängerbereich fahren.
V: A 32 i. V. m. A 66
Kontrolle

5 Behandlung von Mitzeichnungen

5.1 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 58 "Biogasanlage Lukoer Straße", Abwägungsbeschluss - Gast: Herr Schmidt, Sgl Städtebau Vorlage: BV/038/2013/VI-61

Herr Schmidt schlägt vor, der Einfachheit halber in beide Beschlussvorlagen einführen zu können.

Der Ortschaftsrat ist damit einverstanden.

Herr Schmidt erläutert eingangs, dass die Unterlagen sehr umfangreich sind und gibt einige Erläuterungen dazu. Zum besseren Verständnis wurde ab Seite 69 im Teil der Begründung zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan eine Zusammenfassung eingearbeitet. Hier sind die im Rahmen der Beteiligung am häufigsten gestellten Fragen zusammenfassend dargestellt und beantwortet worden. Das Papier enthält die Einwände der Bürger aus der Offenlage, einschließlich ihrer Wiederholung.

Herr Schmidt teilt mit, dass nach Beschlussfassung zu beiden BV noch keine Baugenehmigung erteilt wird. Es folgt noch ein BImSchG-Verfahren und die letzte Entscheidung liegt beim Landesverwaltungsamt als zuständige Genehmigungsbehörde. Herr Schmidt bittet um Fragen durch den Ortschaftsrat, um darauf Antworten zu können.

Herr Vester
Herr Vester spricht im Namen des Ortschaftsrates. Er verliest ein verfasstes Schreiben.
1. Er teilt mit, dass es dem Ortschaftsrat zum jetzigen Zeitpunkt nur eingeschränkt möglich ist, fach- und sachgerecht über die jeweilige Vorlagen und deren Inhalte zu entscheiden.
Weiterhin wird mitgeteilt, dass Herr Vester als Ortschaftsratsmitglied am 29.01.2013 mündlich bei Herrn Schmidt Akteneinsicht zu diesen Unterlagen beantragt wurde. Mit Schreiben vom 20.02.2013 sei ihm und somit auch dem Ortschaftsrat Roßlau die Akteneinsicht ohne sachgerechte Begründung verwehrt worden.

2. Die überarbeiteten Gutachten, hinsichtlich Lärm und Geruch, sind äußerst umfangreich. Die dargestellten Änderungen gegenüber den alten Gutachten lassen sich in der Kürze der Zeit und ohne Akteneinsicht nicht nachvollziehen.

3. Gegenüber den Unterlagen von 2012 ist den Planungsunterlagen nunmehr eine Baugrunduntersuchung aus dem Jahre 2009 beigefügt, die bisher weder dem Ortschaftsrat noch der Bürgerschaft im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurde.

4. Der Durchführungsvertrag stellt sich in Gänze, im Vergleich zur letzten Version, inhaltlich als vollkommen neuer Vertrag dar.

5. Die Technische Spezifikation stellt im Vergleich zur letzten Variante eine wesentlich veränderte Anlage dar. Darüber hinaus fehlen die verwendeten technischen Spezifikationen des BHKW (Herstellerangaben), welches eingesetzt werden soll.

6. In der Beratungsfolge des Einreichers fehlt der Ausschuss für Gesundheit und Soziales.

7. Nach jetzigem Erkenntnisstand haben sich noch nicht alle Ämter und Dezernate der Stadt Dessau-Roßlau hinsichtlich der Beschlussvorlage zur Entscheidung eingelassen.

8. Der OR sei sich nicht vollumfänglich in der Lage, in der Kürze der Zeit (8 Werktage) – von der zur Verfügung Stellung der Unterlagen bis zur OR-Sitzung – die Unterlagen sachgerecht und objektiv zu bewerten. Der Umfang der o. g. Vorlage mit ca. 1000 Seiten kann in dem Dargestellten Zeitraum auch von keiner der in der Beratungsfolge aufgeführten Stellen fachgerecht bewertet werden. Ggf. notwendige Änderungen können nicht beraten und eingebracht werden.
Der OR fordert zu dem vBP Biogasanlage Lukoer Str. eine Anhörung gem. § 87 Absatz 1 Nr. 3 der Gemeindeordnung für das Land Sachsen-Anhalt.

9. Aufgrund der eingearbeiteten Änderung wird eine erneute Auslegung für zwingend notwendig erachtet.

Durch Herrn Vester wird weiterhin mitgeteilt, dass schon vor Beendigung des demokratischen Prozedere im Bauausschuss darauf verwiesen wurde, dass dem Investor eine verbale Zusage, in welcher Form auch immer zum Bau der Anlage gemacht wurde.

Durch Frau Gleichmann wird darauf hingewiesen, dass Herrn Schmidt die Möglichkeit zum Antworten gegeben werden sollte.

Herr Schmidt
Herr Schmidt gab daraufhin wieder, dass Herr Vester keinen Antrag auf Einsichtnahme in die Planung gestellt habe, sondern nur in die Stellungnahmen, die im Rahmen der Offenlage eingegangen sind und wie die Verwaltung damit umgehen wolle. In der Beantwortung dieser Anfrage wurde Herrn Vester mitgeteilt, dass ihm die Akteneinsicht ermöglicht werde, sobald der Stadtrat die Abwägung über die Behandlung der Stellungnahmen beschlossen hat. Dies sei mit dem Rechtsamt abgestimmt und berücksichtige die Rechtslage, nach der dem Stadtrat die letzte Entscheidung über den Umgang mit den Stellungnahmen zustehe. Sobald dies geschehen ist, werde man Akteneinsicht gewähren.

Was die anderen Fragen anbelange, so verwies Herr Schmidt zunächst auf die in der Gemeindeordnung verankerten Fristen für die Ausreichung der Unterlagen. Dass die Unterlagen so umfangreich sind, sei auch dem Umstand geschuldet, dass viele Stellungnahmen nahezu gleichen Inhalts eingegangen sind. Dieser Umstand mache es aber notwendig, sich mit jeder einzelnen Stellungnahme zu befassen. Zur Verständnisverbesserung habe man eben das Kapitel zur Abwägung in die Planbegründung aufgenommen, um auch Jedermann schnell und umfassend die Möglichkeit der Einsichtnahme in die wesentlichsten abwägungsrelevanten Einwendungen zu geben.

Lärm- und Geruchsbelästigungen sind aufgrund des Abstandes von > 1000 Metern zur nächstgelegenen Wohnbebauung nicht zu erwarten.

Zudem müsse man noch berücksichtigen, dass im Roßlauer Flächennutzungsplan ausdrücklich für Anlagen, wie die hier in Rede stehende Biogasanlage eine gewerbliche Baufläche, abseits der Ortslage und der Hauptwindrichtung dargestellt sei.

Dass fortgeschriebene Gutachten den Unterlagen beigefügt worden sind, sei dem Umstand geschuldet, dass auch der Vorhabenträger im Rahmen der Wiederholung der Offenlage von seinem Recht Gebrauch gemacht hat, eine Stellungnahme ab-

zugeben. Diese Unterlagen sind in Anbetracht der Weiterentwicklung der immissionsschutzrechtlichen Anforderungen notwendigerweise qualifiziert worden, Nach erfolgter Prüfung durch das Umweltamt besteht aber kein Anlass, die Festsetzungen des Planes zu ändern. Deswegen sei auch eine erneute Planoffenlage nicht begründbar.

Was das Baugrundgutachten anbelange und die darin von der Ortsbürgermeisterin Frau Müller zitierte „erste Ausbaustufe“ so stellte Herr Schmidt dazu klar, dass nur die vorgelegte Planung und somit nur das aktuelle Vorhaben Gegenstand der Entscheidung sei. Alle Änderungen bedürfen neuer planungsrechtlicher Schritte.

Den Einwand zum Durchführungsvertrag und die Lieferorte betreffend, erklärte Herr Schmidt, dass die im zurückliegenden Jahr 2012 noch in der Abwägung zur alten BV zwar enthalten waren. Der Umstand, dass es im letzten Jahr zu keiner Beschlussfassung gekommen ist und von Seiten des Investors zu diesem Sachverhalt nachvollziehbare Gründe für eine „Nichtöffentlichkeit“ dieser Informationen vorgetragen wurden, haben aber zu einer geänderten Sichtweise beigetragen. Es bleibt aber dabei, wie schon vorher im ersten Entwurf des Durchführungsvertrages verankert, dass die Einsatzstoffe regional bezogen werden müssen. Daran ändere sicht nichts.

Der Einwand zur technischen Spezifikation sei nicht nachvollziehbar. Die ausgelegten Gutachten und Begründungen lassen ohne Weiteres Feststellungen zum Motor des BHKW zu.

Zur Beratungsfolge kann Herr Schmidt keine Angaben machen. Hier wurden strikt die Zuständigkeiten beachtet. Wenn der Ausschuss für Gesundheit und Soziales dazu Informationen wünscht, dann werde man auch dort berichten und für Fragen zur Verfügung stehen.

Herr Vester
Er teilt mit, dass nach dem Besuch bereits bestehender Anlagen festgestellt wurde, dass die Geruchsbelästigung groß ist. Die niedergeschriebenen Werte seien nur theoretisch.

Es wird die Frage gestellt – wo genau das „Material“ zur Belieferung der Anlage herkommt. In den vorgelegten Papieren findet sich dazu keine Auskunft. Es wird mitgeteilt, dass hierzu große Flächen mit entsprechenden Pflanzen zur Verfügung gestellt werden müssen. Hier wird Monokultur betrieben!

Herr Schmidt
Herr Schmidt verwiese hierzu erstens auf die Regelungen im Entwurf des Durchführungsvertrag und dass die Thematik der „Monokulturen“ nicht Gegenstand der Planung sein kann. Das sei Gegenstand übergeordneter Aufgaben der Politik.

Herr Wilke – OR
Herr Wilke weißt darauf hin, dass Herr Vierenklee (Vorsitzender Bauernverband) mehrfach darauf hingewiesen hat, dass genügende Biomasse für solche eine Anlage in der unmittelbaren Umgebung nicht zur Verfügung steht.

Weiterhin wird durch Herrn Wilke auf die Geruchsbelästigung beim Transport der Biomasse hingewiesen.

Herr Schmidt
Auch hier erfolgte der Verweis auf den Durchführungsvertrag. Der Investor würde wohl anderenfalls einen Vertrag mit „Regionalbezug“ nicht unterschreiben. Zudem bleibe es auch bei der Verpflichtung, geschlossene Behälter für den Transport zu verwenden.

Herr Vester
Weiterhin steht im Vertrag keine Summe zur Haftpflichtversicherung durch den Betreiber. Bei den Verträgen zum Altenpflegeheim ist dies ordentlich verankert und nachzulesen.

Bemängelt wird weiterhin, dass keine Prüfung von Ersatzstandorten erfolgte.

Herr Schmidt
Weißt darauf hin, dass die Alternativenprüfung in einer Bürgerversammlung im August 2008 in Roßlau vorgestellt worden sei.

Herr Vester
Herr Vester bestätigt dies, aber in dem Vertrag sei die Option zur späteren Vergrößerung der Anlage enthalten.
Es wird die Frage gestellt, ob die Behälter in „Wannen“ gestellt sind, um bei einer Havarie zu verhindern, dass der Inhalt in das Erdreich gelangt.

Herr Schmidt
Die Vorkehrungen zum Schutz der Bevölkerung im Umfeld der Anlage durch den Anlagenbetrieb selbst werden vom LVWA geprüft und in Form der Entscheidung zum BImSchG-Genehmigungsantrag abschließend bewertet.

Herr Vester
Weiterhin wird mitgeteilt, dass die Doppelmembrangasspeicher mit Planen bespannt sind. Was passiert hier bei Hagelschlag?
Eine weitere Frage ist, was ist mit den Abgasen und dem Lärm der Gasmotoren. Auch hier werden keine Aussagen getroffen.

Herr Schmidt
Herr Schmidt weißt darauf hin, dass Gutachten zu Lärm und Abgasen vorliegen und zudem aufgrund der Stellungnahmen aus der Beteiligung die Leistungen der Motoren im Sinne einer umweltverträglicheren Variante minimiert sind. Auch hier muss wieder auf die Prüfung nach BImschG durch die zuständige Behörde hingewiesen werden.

Herr Döhler
Herr Döhler greift das Thema Luftverschmutzung noch einmal auf und verweist auf Seite 11 des Gutachtens im Satzungsbeschluss. Hier steht, dass das Gas in das örtliche Versorgungsnetz eingespeist wird. Weiterhin ist zu lesen, dass die gesamten Restbestände darunter auch Formaldehyd über den Schornstein in die Umwelt gelangen.

Herr Schmidt
Er bestätigt, dass das Gas in das örtliche Versorgungsnetz eingespeist wird. In Bezug auf die Reststoffe verweist er auf die Prüfung durch die zuständige Behörde. Diese hat die Unterlagen ohne Beanstandungen geprüft.

Herr Vester
Durch Herrn Vester wird darauf verwiesen, dass es viele weitere Punkte in der Vorlage gibt, die seines Erachtens nicht so hingenommen werden könnten, die Diskussion dazu aber längere Zeit in Anspruch nehmen würde. Er empfiehlt, aufgrund dieser Tatsache, die Beschlussvorlage abzulehnen.

Frau Müller beendet daher die Diskussion und bittet die Ortschaftsratsmitglieder um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: 0 : 8 : 0

V: 61
Kontrolle

5.2 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 58 "Biogasanlage Lukoer Straße", Durchführungsvertrag Satzungsbeschluss - Gast: Herr Schmidt, Sgl Städtebau
Vorlage: BV/044/2013/VI-61

Dieser Tagesordnungspunkt wurde auf Vorschlag von Herrn Schmidt, A 61 und nachfolgenden Beschluss des Ortschaftsrates gemeinsam behandelt. Siehe TOP 5.1. in diesem Protokoll.

Abstimmungsergebnis: 0 : 8 : 0

5.3 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 61 „Altenpflegeheim an der Feldstraße“
Billigung des 2. Entwurfs und Auslegungsbeschluss - Gast: Herr Schmidt, Sgl Städtebau
Vorlage: BV/047/2013/VI-61

Die Unterlagen werden durch Frau Neumann, Amt 61 vorgestellt. Frau Neuman erläutert, dass der Planentwurf leicht geändert wurde. So wurden Nachbesserungen im Immissionsschutz getätigt.
Das beplante Gebiet bleibt weiterhin ein reines Wohngebiet. Gewerbliche Ansiedlungen sind nicht möglich.

Bei der Planung der Freiflächen wurde der bereits vorhandene Bestand an Gehölzen mit einbezogen. Einige Bäume mussten dennoch gefällt werden, da diese unmittelbar auf der zur Bebauung vorgesehenen Fläche standen. Dazu wurde in der Sitzung des Ortschaftsrates am 21.02.2013 durch Herrn Meister, AL Bauordnungsamt bereits informiert.
Eine Änderung gab es in der gewählten Dachform. Hier ist jetzt ein Satteldach vorgesehen, um notwendige Aufbauten (Technik) nicht sichtbar werden zu lassen. Dies war auch mit den unmittelbaren Bewohnern der angrenzenden Bereiche besprochen und wurde durch diese auch mitgetragen.

Herr Döhler
Herr Döhler möchte wissen, ob die Abwasserentsorgung gewährleistet ist.

Frau Neumann
Frau Neumann informiert darüber, dass die Deswa umfänglich beteiligt wurde. Laut Auskunft ist die Abwasserentsorgung gewährleistet. Die Druckkapazität ist verstärkt worden.

Herr Wilke
Herr Wilke weißt trotzdem auf bekannte schon jetzt vorhandene Schwierigkeiten hin.

Frau Naumann
Dies wird noch einmal mitgenommen und erneut nachgefragt.

Herr Vester
Herr Vester ist mit dem gesamten Verlauf zufrieden. Informationen waren zu jedem Zeitpunkt sehr umfangreich und Aussagekräftig. Bürgerhinweise wurden beachtet und die Bürger waren auch sehr gut einbezogen.

Auch die anderen Ortschaftsratsmitglieder bestätigen eine gute Information und Zusammenarbeit.

Abstimmungsergebnis: 7 : 0 : 1

6 Mitteilungen der Ortsbürgermeisterin und der Verwaltung

6.1 Mitteilungen der Ortsbürgermeisterin

Frau Müller informiert über ein Schreiben der Deutschen Bahn AG. Hier wird informiert, dass der Personenbahnhof in einer Totalsperrung in der Zeit vom 14.04. bis 28.05.2014
umgebaut wird. Hier werden neben der neuen DB-Netz Infrastruktur (Oberbau, Tiefbau, Oberleitung….) auch 2 neue Außenbahnsteige errichtet und der vorhandene Personentunnel mit Rampen ausgerüstet. In den 6 Wochen erfolgt Schienenersatz-

verkehr. Die Plangenehmigungsunterlagen sind allerdings noch nicht an die Betroffenen verteilt.

Ab Anfang 2014 erfolgt dann das Planfeststellungsverfahren für den Güterbahnhof Roßlau. Baubeginn ist hier für Mitte 2015 geplant.

6.2 Mitteilungen und Anfragen der Ortschaftsratsmitglieder

6.2.1. Herr Vester

Herr Vester teilt mit, dass er einen Gesprächstermin bei der Herrn Tobler, DVV hat. Hier geht es um das Thema Bürgerstrom. Er bittet die Ortschaftsräte um Teilnahme.

6.2.2. Frau Gernoth

Frau Gernoth teilt mit, dass der Gartenverein „Blumenfreunde“ eine Obstbaumpflanzung am 05.04.2013 durchführt.

Weiterhin wird darüber informiert, dass am 23.03.2013 wieder der Ostermarkt auf der Wasserburg stattfindet. Auch hier wird durch die Bürgerinitiative ein Informationsstand zur Unterschriftenleistung aufstellen.
Im Rahmen der Unterschriftensammlung zum geforderten Bürgerentscheid Umbenennung Stadtnahmen wird darauf hingewiesen, dass die Unterzeichnenden mit der Unterschriftsleistung nicht automatisch Mitglied der Bürgerinitiative werden. Dies war mehrfach eine Anfrage der Unterzeichnenden.

Dann fragt Frau Gernoth ob eine Beteiligung des Ortschaftsrates in Vorbereitung des Stadtjubiläums Roßlau vorgesehen ist.
Frau Müller berichtet dazu von einer vorgesehenen Beratung, sie wird zu gegebener Zeit darüber informieren.

6.2.3. Herr Kläre

Herr Kläre teilt mit, dass bei der derzeitigen Wettersituation aufgefallen ist, dass die Schneefahrzeuge mit ihren Schilden die Straßendecke beschädigen. Er bittet um Prüfung.
V: A 72
Kontrolle

6.3 Mitteilungen der Verwaltung/Beantwortung offener Anliegen

TOP 6.2.2. vom 28.02.2013 - Herr Döhler – Winterdienst Brücke Waldstr.
Der Rad-/Gehweg Waldstraße, im Bereich der Brücke ist ein anliegerfreier Bereich. In der Winterdienstsatzung ist unter „Weitere Radwege“ der Abschnitt Waldstr. Roßlau, Mühlenbuschweg bis Mühlenstr. aufgeführt.

D. h., der Winterdienst erfolgt hier nur nachrangig und bei extremen Witterungsbedingungen.

TOP 6.2.4. vom 28.02.2013 – Frau Koschig – defekter Fußweg Ecke Poetschstr./Große Marktstr.
Der Auftrag an den Eigenbetrieb zwecks Reparatur ist bereits erteilt.

TOP 6.2.3.vom 24.01.2013 - Herr von der Heydt – Finanzen
Diese Anfrage wurde in einem 3seitigen Brief durch das Dez. II beantwortet. Mitgeteilt wurde darin, dass im Jahr 2013 lt. Orientierungsdaten des Landes vom 19.12.2013 die Stadt Dessau-Roßlau insgesamt 5.355 TEUR als Zuweisung aus dem FAG erhält.
Der Brief wurde allen 13 Ortschaftsratsmitgliedern übergeben.

TOP 6.2.4. vom 24.01. 2013 - Herr Wilke – Abwasserleitung Feldstr.
Herr Wilke möchte wissen ob die in der Feldstr. vorhandene Abwasserleitung nach Inbetriebnahme des noch zu bauenden Altenpflegeheimes ausreicht. Durch ihn wird erläutert, dass diese Leitung schon jetzt nicht richtig funktioniert und durch eine zusätzliche Pumpstation unterstützt wird.
Es wird um Erläuterungen gebeten.
V: DESWA - noch keine Rückantwort -

zu TOP 5.3. vom 24.10.2012 – Brunnen Marktplatz
V: A 66 i. V. m. OR
Durch das FA wurde folgender Brief an Frau Müller übersandt.
Sehr geehrte Frau Müller, wir können nachvollziehen, dass Sie sich mit der Aussage des Tiefbauamtes, Abteilung Wasserbau nicht zufrieden geben, dass für die Unterhaltung und den Betrieb der städtischen Brunnen und hier speziell des Brunnens am Marktplatz in Roßlau keine Haushaltmittel zur Verfügung stehen.
Dies ist einer Entscheidung im Rahmen der Haushaltkonsolidierung zuzuordnen und wurde nicht amts- bzw. dezernatsintern festgelegt. Im Gegenteil, wir waren ständig bemüht, mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln die Funktionstüchtigkeit der Brunnen aufrecht zu erhalten.
Der Brunnen am Markt in Roßlau ist seit mehreren Jahren nicht funktionstüchtig (Konstruktionsfehler sind nicht auszuschließen). dem Tiefbauamt lag bereits im Jahr 2011 ein Angebot zur Abdichtung des Brunnens in Höhe von ca. 4 T€ vor. Gleichzeitig wurde aber darauf verwiesen, dass aufgrund der unterschiedlichen verwendeten Materialien (Beton, Stein, Oberflächenbeschichtung) und der darauf resultierenden unterschiedlichen Ausdehnung bei einem Temperaturwechsel eine Dichtheitsgarantie nicht übernommen wird.
Alternativ müsste das Becken von Grund auf neu saniert werden. Es kann davon ausgegangen werden, dass hier mindestens Kosten in Höhe von 10,5 T€ zu erwarten sind.
Seit 2011 gibt es einen Patenschaftsvertrag zwischen der Stadt Dessau-Roßlau und der DESWA zum Schutz und Erhalt der Brunnen im Stadtgebiet. Gegenstand des Vertrages ist derzeit nur der Betrieb der Brunnen in der Zerbster Straße und im Stadtpark innerhalb des Stadtgebietes Dessau. Weitere Maßnahmen über den eigentlichen Betrieb dieser Anlagen hinaus (d. h. Reparaturen aller Art) fallen in die Zuständigkeit der Stadt.

Aufgrund der anstehenden Instandhaltungskosten wurde für den Brunnen am Markt in Roßlau keine Patenschaft durch die DESWA übernommen.
Sehr geehrte Frau Müller, da Sie wiederholt die Hilfe des Ortschaftsrates bei der Suche nach Lösungen anbieten, bitten wir, die Möglichkeit einer Finanzierung der erforderlichen Sanierung über das Budget der Ortschaftsräte zu prüfen.
Wir stimmen sicher darin überein, dass es eine Bereicherung für das gesamte Stadtgebiet wäre, wenn die „Wasserspiele“ ihren Namen alle Ehre machen!
In der Hoffnung auf eine gemeinsame Lösungsfindung verbleiben wir mit freundlichen Grüßen gez. Pfefferkorn

Anmerkung: Nach kurzer Diskussion entschließen sich die Ortschaftsratsmitglieder dazu, dass Fachamt um die Bereitstellung der Bauunterlagen für den Brunnen zu bitten, um evtl. mit Hilfe des Stammtisches der Vereine eine Möglichkeit zur Reparatur zu finden.
V: A 66
Kontrolle

zu TOP 7.1.10 vom 26.05.2011
Einholung von Angeboten zur Reparatur der Symbole Stadtwappen Roßlau/Klärung der Finanzierung/Einstellung von HH-Mitteln
keine neuen Erkenntnisse

7.3.1. Toilettenhäuschen Uhlandstr.
Der Vorgang ist noch in Bearbeitung, das Problem ist das fehlende Geld.
V: Ref. 08 i.V. m. A 66
Kontrolle

Aktuelle Informationen

Durch Frau Gleichmann wird darüber informiert, dass durch das Polizeirevier Dessau-Roßlau eine Blitzer-Mail eingerichtet wurde. Hier können persönliche Anliegen über zu schnelles Fahren vorgebracht werden. Diese Hinweise werden durch die Polizei erfasst und ausgewertet und nach Prioritäten abgearbeitet.

Weiterhin wird durch Frau Gleichmann mitgeteilt, dass am 15.04.2013 die Bauarbeiten in der Rudolf-Breitscheid-Str. beginnen. Die Anlieger werden noch einmal über einen Handzettel darüber informiert.

- Liste Alters- und Ehejubiläen für Februar 2013 – wurde an OBM übergeben

Die nächste Sitzung des Ortschaftsrates findet am **25.04.2013** statt.

8 Schließung der Sitzung

Durch Frau Müller wird Öffentlichkeit hergestellt und die Sitzung um 20.15 Uhr beendet.

Dessau-Roßlau, 28.05.13

Christa Müller	Birgit Gleichmann
Vorsitzender Ortschaftsrat Roßlau	Schriftführer